

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Rieser Nr. 22

Nr. 195.

Donnerstag, 21. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grandprix für die 30 mm breite, 8 mm hohe Werbefläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag, Seite Text. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nichtzählige Unterhaltungsbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. H. Zschuniger, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Hochbetrieb im Reichstag.

aus Berlin schreibt man uns: In den Wandlungen des Reichstags herrscht gegenwärtig ein außerordentlich lebhaftes Treiben. Die Fraktionen sind nahezu vollständig in Berlin versammelt. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, das Zentrum und die Demokraten werden ihre entscheidenden Sitzungen am Donnerstag abend abhalten. Man diskutiert alle Möglichkeiten, die sich etwa aus einer Ablehnung der Ausführungsgehalte ergeben könnten. Von deutscher Seite wird mitgeteilt, daß die Haltung der Reichstagsfraktion bis zum gegenwärtigen Augenblick noch in keiner Hinsicht festgelegt ist. Es steht zwar unbedingt fest, daß die Fraktion die Londoner Vereinbarungen ablehnen wird, aber es wäre unbedingt falsch, anzunehmen, daß die deutschnationalen Reichstagsfraktion das Zustandekommen einer 1/2-Mehrheit von sich aus verhindern werde. Ohne irgendwie die Politik der Reichsregierung billigen zu wollen, seien sehr viele deutschnationalen Abgeordnete der Überzeugung, daß es nicht opportun wäre, die unbestreitbaren geringen Vorteile der Londoner Abmachungen durch Ablehnung der Ausführungsgehalte preiszugeben. Aus diesem Grunde sei es nicht unwahrscheinlich, daß die Reichstagsfraktion den Vorschlag billigen wird, daß jedem deutschnationalen Abgeordneten die Zustimmung zu den Ausführungsgehalten, die ja auch mit den Londoner Abmachungen nicht in direktem Zusammenhang stehen, freigestellt wird.

Nach einem Beschluß des Vorkonferenzrats wird der Reichstag am Freitag nachmittags 3 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Es werden in dieser Sitzung voraussichtlich der Reichskanzler Dr. Marx, der Außenminister Dr. Stresemann und der Finanzminister Dr. Luther Erklärungen abgeben. Der Sonnabend soll schlußartig bleiben. Am Montag wird die große politische Aussprache beginnen und es wird damit gerechnet, daß am Donnerstag der kommenden Woche die entscheidenden Abstimmungen stattfinden.

### Die Haltung der Deutschnationalen.

Gegenüber den Gerüchten und Kombinationen in der Presse, daß die deutschnationalen Reichstagsfraktion in der Frage der Ablehnung der Londoner Vereinbarungen ihren Umfall vorherbereite oder gar bereits vollzogen habe, erklärte einer der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion einem Vertreter des "Berliner Presse-Dienstes" in einer Unterredung folgendes:

Die entscheidende Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion findet zwar erst am Donnerstag statt. Sozial aber könne er schon heute sagen, daß die Haltung der Deutschnationalen nach wie vor scharf ablehnend sei, selbst auf die Gefahr einer Reichstagsauflösung hin. Die Fraktion sei sich der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke, die auf ihr ruhe, in vollem Umfang bewußt, und gerade aus diesem Grunde gehe sie sogar darauf aus, daß der Reichstag aufgelöst werde und es zu Neuwahlen komme. Die Londoner Abmachungen seien für die Deutschnationalen durchaus unbefriedigend, und die deutschnationalen Wähler würden es nicht ertragen, daß die Fraktion den Londoner Vereinbarungen zustimme. Hinsichtlich der Räumung des Ruhrgebietes hätte die Reichstagsfraktion seine festen und bindenden Zusagen erhalten, und es sei sehr zweifelhaft, wieweit man sich auf die Zusagen des französischen Ministerpräsidenten Herriot verlassen könne, zumal man nicht wisse, wie lange er am Ruder bleiben werde. Im übrigen genügt auch die sonstige Londoner Vereinbarung den Forderungen der Deutschnationalen zum größten Teil in keiner Weise und seien daher für sie unannehmbar.

### Wenn der Reichstag ablehnt.

Vielfach ist die Meinung verbreitet, daß auch bei einer Ablehnung der sogenannten Gutachtensgehalte durch den Reichstag die Vereinbarungen über die Räumung des Ruhrgebietes und der Sanktionsgebiete ihre Geltung behalten würden. Demgegenüber ist festzustellen: Da in dem Schlussprotokoll etwas anderes nicht vorgesehen ist und da die Londoner Konferenz beendet ist, ist in dem Augenblick, wo am 30. August das Schlussprotokoll nicht genehmigt werden kann, die Londoner Konferenz nicht zustande gekommen. Es ist nichts darüber vorgesehen, daß in Bezug auf andere Formen etwaiger künftiger parlamentarischer Zustimmung andere Fristen laufen. Es würde in diesem Falle die Frage sein, ob es noch einmal möglich ist, die einzelnen Nationen zu einer neuen Erörterung zusammenzubringen. Jedenfalls würden die einzelnen Nationen, die sich zunächst durch Paraphierung gebunden hatten, an diese Unterschriften nicht mehr gebunden sein.

### Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags

sand, wie schon kurz berichtet, am Mittwoch eine Aussprache über Verlauf und Ergebnis der Londoner Verhandlungen statt. Reichskanzler Dr. Marx und Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann erstatteten ausführlich Bericht über das Londoner Abkommen. Dabei kam auch zum Ausdruck, daß die Verhandlungsform in London zum ersten Mal seit dem verlorenen Kriege den deutschen Delegierten volle Gleichberechtigung gab. Auch seien alle Delegierten ohne Ausnahme von dem freundschaftlichen Willen befeuert gewesen, einander in den Grenzen des Möglichen aufs weiteste entgegenzukommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung beantworteten der Außenminister, Finanzminister Dr. Luther und Staatssekretär Fischer von der Kriegskostenkommission Anfragen an die Regierung, die von den Abg. Dr. Hoyer (Dnat.), Dr. Bredt (Wirtschaftl. Vereinig.), Graf Bernthorst (Dem.), Graf Dönhofs (Wp.), Dr. Raas (S.)

Graf Reventlow und von Graefe (Nation.) gestellt worden waren. Ein Beschluß wurde vom Ausschuss nicht gefaßt.

Am heutigen Donnerstag trat der Ausschuss 10 Uhr vormittags zusammen, um die Beratung der Londoner Abmachungen und der dazu von der Reichsregierung vorgelegten Gesekentwürfe fortzusetzen. Die Sitzung war zum ersten Male nicht vertraulich. Es hatten sich deshalb die meisten der bereits in Berlin anwesenden Abgeordneten eingefunden. Die deutschen Hauptdelegierten auf der Londoner Konferenz, Reichskanzler Marx, Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Luther, nahmen an der Sitzung teil. Vorher ihnen waren auch die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts erschienen, soweit sie abkömmlich waren. An der Spitze Reichskanzler Dr. Marx.

### Im Aufwertungsausschuss des Reichstags

beratende in der Mittwochsitzung Abg. Neil (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß die Aufwertung der Hypotheken auf 25 Prozent erhöht wird auch für diejenigen Forderungen, die nach dem 1. Juli 1922 zurückgekauft worden sind. Die über den Geh der dritten Steuernotverordnung hinausgehenden 10%, sollen in einen "Sozialfonds", fließen, aus dem Lebensversicherungsanstalten, Pensionskassen und Sparkassen Beiträge erhalten zu dem ausschließlichen Zweck der Aufwertung der Forderungen der Versicherer und Sparrer. Die Aufwertung in Form der Verzinsung und verstärkten Tilgung der Forderungen findet zunächst in Höhe von 15 Prozent statt. Der Sozialfonds soll weiter geteilt werden durch den Betrag einer neu einzuführenden Vermögenszuwachssteuer, die alle zur Vermögenssteuer Veranlagten zahlen, deren Vermögen gegenüber 1913 mindestens 50 Prozent beträgt. Die Mittel des Fonds sollen in erster Linie verwandt werden zur Aufwertung der Beträge bis zu 5000 Mark bei denjenigen Verleihen, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt. Die über diesen Betrag verbleibenden Mittel des Sozialfonds sollen zur Erhöhung der sozialen Renten verwandt werden. — Nach weiterer Aussprache wurden die vorliegenden Anträge auf Anregung der Deutschen Volkspartei einem Untersuchungsausschuss überwiesen, an dessen Beratungen sich nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Luther auch die Reichsregierung beteiligen will. Der Untersuchungsausschuss wird nach Erledigung des Dawes-Gutachtens im Reichstag seine Arbeiten aufnehmen.

### Die Kommunisten beim Reichskanzler.

Reichskanzler Marx hat am Dienstag abend ebenso wie die Vorkonferenz der übrigen Reichstagsfraktionen auch die Führer der nationalsozialistischen und kommunistischen Fraktion getrennt empfangen, um mit ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz zu besprechen. Die Kommunisten, die durch Kay, Stöcker und Nuth vertreten waren, erklärten ihre bekannte Gegnerschaft zum Sachverständigen-Gutachten, wollten aber einige Fragen stellen. Nachdem Reichskanzler Marx einen kurzen Überblick über die Londoner Verhandlungsergebnisse gegeben hatte, machten die Kommunisten die Fortleitung der Besprechung davon abhängig, daß sich die Regierung bereit erkläre, alle politischen Belangen zu amnestieren und die Verbote der kommunistischen Presse aufzuheben. Da die Antwort des Reichskanzlers die Fragesteller nicht befriedigte, verließen die Kommunisten die Besprechung unter Protest.

### Kommunistische Interpellationen.

Von der kommunistischen Reichstagsfraktion wird die Reichsregierung in einer Interpellation gefragt, ob sie das Verbot der kommunistischen Presse billige, insbesondere auch die Verlegung des Reichsministers des Innern, daß die Begründung des Verbotes der roten Presse nicht veröffentlicht werden dürfe. Eine zweite Interpellation der Kommunisten verlangt die sofortige Entzerrung und Verstrafung des hannoverschen Oberpräsidenten Roste.

### Erst Paris, dann Berlin.

In den parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichstag erst dann zur Abstimmung über die Londoner Beschlüsse und die Ausführungsgehalte kommen wird, wenn bereits die Ratifizierung durch das französische Parlament erfolgt ist. Der Zweck dieser Taktik ist ohne weiteres klar. Sollte, was man allerdings nicht erwartet, die französische Kammer die Ratifizierung ablehnen, so würde es kaum irgend welche Bedeutung haben, daß der Deutsche Reichstag die schweren parlamentarischen Kämpfe zum Austrag bringt. Es würde dann genügen, wenn die Verantwortung für das Scheitern der Londoner Abmachungen auf Frankreich fällt. Man hält es allerdings nicht für unwahrscheinlich, daß dann der Deutsche Reichstag erst recht die Ratifizierung auspricht, um zu beweisen, daß Deutschland sein Teil zur Durchführung der Londoner Beschlüsse und des Sachverständigen-Gutachtens beigetragen habe. Allerdings ist man im Berliner Auswärtigen Amt augenblicklich fest davon überzeugt, daß Frankreich die Ratifizierung ohne weiteres durchführen wird.

### Die Kölner Gewerkschaften zum Ergebnis der Londoner Konferenz.

Der Ortsausschuss Köln des Vorstandes des deutschen Gewerkschaftsbundes hat, wie die Rheinisch-westfälische Zeitung" meldet, in einer Vorstandssitzung folgende Erklärung beschlossen: Die freien Gewerkschaften des Wirtschaftsgebietes Köln und Umgebung nahmen Kenntnis von den Ergebnissen der Londoner Konferenz. Sie stellen ausdrücklich fest, daß eine ganze Reihe von wichtigen deutschen Wünschen nicht erfüllt worden ist. Sie sind jedoch nach reiflicher Überlegung der Ansicht, daß das Ergebnis dennoch die enbliche Befreiung von einem durch Unertlichkeit ge-

steigerten Druck im rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiet erhoffen läßt. Wir fordern daher von der deutschen Reichsregierung und vom deutschen Reichstag, vor allem dahin zu wirken, daß die zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens erforderlichen Geleise ohne Zeitverlust angenommen und die aus der Annahme erwachsenden Lasten in gerechter Weise nach der Tragfähigkeit der verschiedenen Kreise der Bevölkerung verteilt werden.

### Die erste Auswirkung des Amnestieabkommens.

Das Kriegsgericht der 3. Division in Offen hat gestern alle Fälle nach kurzer Verhandlung vertagt. Hierin ist wohl die erste Folgererscheinung des abgeschlossenen Amnestieabkommens zu erblicken.

### Um die Aufhebung der Zoll-Linie.

Gerüchte wollen wissen, daß in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag die Zoll-Linie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet aufgehoben wird. Eine maßgebende Offener Expeditionsfirma hat sich bei der Reichsregierung erkundigt und den Bescheid erhalten, daß frühestens am 20. September die Zoll-Linie zurückwindet.

### Die Räumung des Ruhrgebietes eine freie Vereinbarung.

Paris. (Funkpruch.) Im Generalrat des Departements Doms de Dome erklärte gestern der Vorsitzende, Finanzminister Clementel, in einer Rede im Hinblick auf die Londoner Konferenz u. a., die Abmachungen über die Räumung des Ruhrgebietes seien ein regelrechter Friedensvertrag insofern, als sie aus freien Stücken zustande gekommen seien. Es handle sich um eine Räumung des einmütigen Willens zur internationalen Eintracht. Die moralischen Kräfte, die die Alliierten veranlaßt hätten, sich zusammenzuschließen, würden ihnen gegen neue Angriffe behilflich sein. Deshalb habe die französische Delegation die größten Anstrengungen gemacht, um Frankreich auf den Boden des Rechts zurückzuführen und ihm sein wahres geschichtliches Gesicht wiederzugeben.

### Eine Drohung der französischen Industriellen.

Paris. (Funkpruch.) "Journale Industrielle" teilte gestern mit, daß die französische Regierung beabsichtige, große Mengen rollenden Materials auf Reparationskonto bei Deutschland zu bestellen und drohte aus diesem Anlaß mit der Aussperrung von 250 000 französischen Arbeitern. Ein hochstehender Beamter hat dazu im "Quotidien" erklärt, daß die Beschwerden der französischen Wagenbauer sorgfältig geprüft würden. Frankreich müsse aber seine Reparationen erhalten. Die Regierung Herriot werde es niemals ausgeben, daß die Interessen einiger Aktionäre und einiger Wagenbauer dem allgemeinen Interesse vorangestellt würden. "Quotidien" erklärt, es sei in der Tat nicht angehen, daß offene oder geheime Manöver, die den Wiederaufbau in Frankreich gehemmt hätten, bei der Durchführung der Londoner Beschlüsse erneut in Erscheinung träten.

### Macdonalds Brief und die französische Linke.

Der Brief Macdonalds über die beschleunigte Räumung des Ruhrgebietes hat, wie gemeldet, in Pariser politischen Kreisen gewisse Erregung hervorgerufen. Ein Abgeordneter aus dem Waasgebiet behauptete einem Redakteur des "Echo de Paris" gegenüber, daß das Schreiben des englischen Ministerpräsidenten verschiedene Parlamentarier der äußersten Linken, die die Absicht haben, sich Herriot anzuschließen, sehr vor den Kopf gestoßen habe. Der Abgeordnete ist überzeugt, daß die Veröffentlichung des Schriftstücks auf den Ausfall der bevorstehenden Abstimmung im Parlament eine Rückwirkung ausüben wird.

### Die Lage im Sudan und in Indien.

Nach einer Meldung aus Kairo sind in Vort-Sudan Kriegsschiffe eingelaufen. Gleichzeitig wurde der Belagerungszustand verkündigt. Neun ägyptische Beamte und eine Reihe von Angestellten einer Firma in Vort-Sudan sind festgenommen worden. Man erwartet das Eintreffen eines schottischen Regiments.

Neue Nachrichten aus Indien besagen, daß die Unruhen in Heiderabad und Mandalei eine sehr ernste Lage geschaffen haben. Acht Hindutempel wurden entweiht, die Tempelbilder zerstört und viele Indier in den Straßen mißhandelt. Nur mit Anwendung von Wassergewalt konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Inwieweit man englischerseits ein Interesse an der Schürung oder Unterdrückung des Gegenstandes zwischen Mohammedanern und Hindus hat, läßt sich natürlich nicht übersehen.

London. (Funkpruch.) Mittermeldungen aus Kalkutta zufolge wurden von insgesamt 30 000 Personen Kundgebungen veranstaltet, in denen der Rücktritt des Gouverneurs von Bengalen Lord Lotton gefordert wurde.

### Die Befichtigung des Amerika-Zeppelins.

Gestern vormittags fand die Befichtigung des für Amerika bestimmten Luftschiffes durch etwa 150 Vertreter der deutschen und auswärtigen Presse statt. Die Füllung des Luftschiffes, womit am Montag begonnen wurde, wird 6 bis 7 Tage dauern. Mitte nächster Woche finden die ersten etwa zweitägigen Probefahrten statt. Vom Ergebnis dieser Fahrten wird der Termin für die weitere in Aussicht genommenen beiden Fahrten abhängen, nach deren Gelingen die große Probefahrt vorgenommen werden soll, die nach Möglichkeit die großen Städte Deutschlands evtl. auch Schweden berühren wird. Der Weg der Fahrt ist von der Wetterlage abhängig. Nach dieser großen Probefahrt wird das Luftschiff zur Überführung nach Amerika kargemacht, die bei günstigen Wetter voraussichtlich Mitte September stattfindet. Man rechnet je nach dem Wetter mit einer Ueberfahrtdauer von 80 bis 100 Stunden.